

So kam es dann eben dazu, daß die SED-Kreisleitung sich überlegen mußte, was sie machen sollte – entweder hier dieses Theater weiter, oder sie stellte den kleinen Mann wieder ein. Dann wurde ich zur Verhandlung zum Arbeitsgericht eingeladen, aber der Zug fuhr nicht ab. Da saßen siebzehn Eltern mit drin, und da hat die SED es geschafft – die konnte damals alles –, daß der Zug nicht abfuhr; siebzehn Minuten Verspätung von Küstrin-Kiez bis nach Frankfurt. Dann kam auf einmal der Schulrat vorgefahren und holte die Eltern heraus: Der Kollege Vogt ist wieder eingestellt. Das Arbeitsgericht hat entschieden: Er wird wieder eingestellt.

Nach der Wende hat sich dieser Schulrat bei mir entschuldigt. Es gibt auch Leute, die das tun, die anständig sind. Er hat mir das schriftlich gegeben. Ich bin gar nicht wieder eingestellt worden, weil das Arbeitsgericht so entschieden hatte, sondern weil die SED-Kreisleitung Angst vor der Bevölkerung in Küstrin-Kiez hatte. Wenn man wollte, konnte man auch im SED-Unrechtsstaat etwas durchsetzen. Die Bevölkerung – da bin ich heute noch stolz darauf – hat das getan.

(Lebhafter Beifall)

Das Schlimme ist: Da sind jetzt Leute gestorben, und die Frauen bringen mir diese Unterschriftensammlungen. Da sind auch Unterschriften von Leuten dabei, denen ich das überhaupt nicht zugetraut habe, die ich zwanzig Jahre mißachtet habe. Dessen schäme ich mich heute, aber so ist es nun einmal. Die Menschen sind oft besser, als man denkt.

(Beifall)

Der Schulrat hat sich entschuldigt, und in seiner Entschuldigung steht drin, schriftlich: Ich bin wieder eingestellt worden aufgrund der Proteste der Bevölkerung und niemals aufgrund des Urteils des Arbeitsgerichts.

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Ich danke Ihnen, Herr Vogt, wir müssen jetzt schließen.

Herr Vogt: Ich will nur noch ganz fix sagen: Es gab auch Mut und auch Widerstand. Vergessen Sie das bitte nicht!

(Beifall)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Es tut mir sehr leid, jemanden zu unterbrechen, der so spricht. Ich bin eben von noch jemandem gedrängt worden, daß er etwas sagen möchte. Bitte tun Sie das aber in zwei Minuten; dann möchten wir bitte schließen.

Herr Mebus: Mein Name ist Peter Mebus. Es handelt sich um die Zeit um 1970, um die strengste Abschottungsperiode der DDR von der Bundesrepublik. Ich lernte als Pädagogikstudent in West-Berlin eine Lehrerin in Hildau kennen. Wir lernten uns kennen und lieben und wollten heiraten. Es ging nicht. – Entschuldigen Sie bitte meine Stimme.

Im Juli 1970 durchschwammen wir beide die Donau und kamen mit den

in der Botschaft in Jugoslawien ausgestellten Pässen von Belgrad in die Bundesrepublik. Ein Jahr später erkrankte meine Frau an Krebs. Sie wuchs in ungefähr fünfhundert Meter Luftlinie Entfernung von einer Halde in Seligenstädt – Gera/Wismut auf. Jedenfalls war die Krankheit für Mediziner ganz eindeutig Lymphosarkomatose. Es gibt da eine Überlebenszeit von sechs Monaten. Meine Frau war sehr strahlensensibel und konnte ungefähr elf Monate nach der Analyse ihrer Krankheit überleben.

Sie erinnern sich, Anfang 1972 verhandelten die Bundesrepublik und die DDR über den Grundlagenvertrag. In der Phase stellte ich die Anträge auf Besuchserlaubnis der Eltern meiner Frau zu ihrer sterbenden Tochter. Es wurden alle Anträge abgelehnt, weil das vertragsrechtlich nicht geklärt war. Meine Frau verstarb dann ohne Besuch von der Mutter und vom Vater, allein. Im Juni, glaube ich – ich kann mich jetzt nicht mehr genau erinnern –, wurde der Grundlagenvertrag verabschiedet. Danach beantragte die Mutter den Besuch an dem Grab ihrer sechszwanzig Jahre alt gewordenen Tochter. Der Antrag wurde schnöde abgewiesen. „Ihre Tochter ist doch schon tot; was wollen Sie denn an ihrem Grab?“

In der Phase – das ist jetzt politisch brisant –, als meine Frau todkrank war, wandte ich mich an die Alliierten in Berlin – keine Reaktion. In dieser Phase wandten sich meine Schwiegereltern an Vogel. Sie wurden aus dem Rechtsanwaltsbüro rausgeschmissen. In der Phase fuhr mein Vater nach Ostberlin. Er war ehemaliger Mitarbeiter des Stadtplanungsamtes des Magistrats von Großberlin. Er besuchte dort alte Kollegen. Wir waren 1960 aus der DDR weggegangen, ins Saarland verschlagen worden. Mein Vater nahm privat erste Kontakte zu seinen alten Kollegen auf. In dieser Phase erfuhr er, daß einer seiner ehemaligen Kollegen auf gepackten Koffern sitzt, um nach West-Berlin ausreisen zu dürfen. Zwei Wochen später trafen wir diesen Kollegen bei Aschinger, damals noch Aschinger am Bahnhof Zoo, mit seiner Frau.

Er hat die Ausreise in der Phase, als meine Frau um ihr Leben kämpfte und die Eltern noch einmal sehen wollte, bekommen. Wir wissen auch, wie diese Personen nach West-Berlin herausdurften. Es waren die Eltern eines Mitglieds der Verhandlungskommission des Senats beim Viermächteabkommen. Das wissen wir von dem Vater aus erster Hand. Mir hat er das gesagt. Deswegen meine Aufgeregtheit – tut mir leid.

(Zustimmung)

Gesprächsleiter Markus Meckel (SPD): Meine Damen und Herren! Was wir in den letzten zwei Stunden erlebt haben, ist ein Zeichen dafür, wie nötig es ist, daß wir auch noch künftig uns gegenseitig unser Leben und unsere Erfahrungen erzählen. Menschen, gezeichnet von vierzig Jahren dieser Geschichte und ihren Erfahrungen – es wird viel zu tun sein, damit diese Menschen, damit wir uns im geeinten Deutschland mit den Erfahrungen, die

wir gemacht haben, so ernst genommen fühlen, daß dies anerkannt wird als ein Teil der gemeinsamen deutschen Geschichte. Ich denke, daß dies auch und ganz besonders eine Aufgabe der Enquete-Kommission ist. Manches ist nicht wiedergutzumachen, nichts ist wiedergutzumachen, aber wir müssen es wahrnehmen. Wir müssen die Schicksale ernst nehmen und so ernst nehmen, daß die Menschen, die sie durchgemacht und die von ihnen gezeichnet sind, sich ernstgenommen fühlen im gemeinsamen Deutschland, daß sie sich nicht als Menschen zweiter Klasse fühlen, denen noch einmal die Beine weggehauen werden. Auch solche Erfahrungen haben wir gehört.

Es ist oft auch eine finanzielle Frage, aber nicht nur. Es ist eine Frage der Anerkennung, es ist auch eine Frage gezielter Förderung. – Über die Reflexion, was dies alles bedeutet, soll das nächste Gespräch geführt werden, das Podiumsgespräch unter Leitung von Martin-Michael Passauer. Wir wollen damit erst in fünf Minuten beginnen, damit man sich zuvor etwas die Beine vertreten kann. Jetzt ist es 16.45 Uhr, wir beginnen neu um 16.50 Uhr.

Herzlichen Dank allen, die hier geredet haben.

(Unterbrechung von 16.45 bis 17.01 Uhr)

Gesprächsleiter Martin-Michael Passauer: Meine Damen und Herren, damit wir nicht noch weiter Zeit verlieren, und Zeit ist ja auch heute ganz besonders kostbar, wage ich es jetzt, den letzten Teil der öffentlichen Anhörung am heutigen Tage zu eröffnen.

Die Enquete-Kommission – so hat es vorhin der Vorsitzende schon gesagt – wird heute abend noch nach Hohenschönhausen fahren. Wir sind dort auch zu einer bestimmten Zeit angemeldet und wollten eigentlich um 18.30 Uhr von hier abfahren. Das hieße also, wir hätten jetzt knapp anderthalb Stunden Zeit. Da auch hier wieder Menschen sitzen, die sich auf diese Anhörung präzise vorbereitet haben, wäre es gut, wenn wir die Zeit inhaltlich ausschöpfen.

Ich sage nur etwas zur Struktur der Anhörung heute. Wir hatten zu dem großen Thema „Die SED-Diktatur – politische, geistige und psychosoziale Unterdrückungsmechanismen“ oder auch „Erfahrungen im Alltag“ mit zwei theoretischen Vorträgen begonnen, das heißt mit Vorträgen, die sich mit inhaltlichen Fragen beschäftigt haben. Danach kamen in einem weiteren Schritt die öffentliche Anhörung und der Bericht von Erlebniszeugen. Etliche haben gesagt, die Zeit des Gesprächs, die Zeit der öffentlichen Anhörung über dieses Podium hinaus war zu kurz. Wir wollten uns gerne, so sagten manche, auch noch melden; das war nicht möglich.

Es ist so, daß wir jetzt in einem dritten Schritt ein Podiumsgespräch – so ist es jedenfalls vorgesehen – hier mit Einbeziehung des Plenums durchführen wollen. Wir fünf, die wir hier vorne sitzen, haben uns so geeinigt, daß wir selber zunächst versuchen, kurz darzustellen, wo wir herkommen – ich sage gleich noch etwas dazu –, und dann aber schon das Plenum darauf reagieren